

Mutlos

Alex Fohl

Die laufende Diskussion um die Neudefinition des Lehrauftrags im Sekundarunterricht ist für das konservative Luxemburg eigentlich symptomatisch. Obwohl kaum jemand an der Notwendigkeit einer Anpassung des Lehrberufs an veränderte gesellschaftliche Voraussetzungen zweifelt, tun sich die Betroffenen mit der konkreten Umsetzung schwer.

Die Ministerin drängt – mit Recht – auf grundlegende Reformen. Aus Erfahrung weiß sie, dass die beiden ersten Jahre einer Legislaturperiode wesentlich sind. Wer den politischen Startschuss verschläft oder einen Fehlstart hinlegt, kann den Rückstand in den verbleibenden Jahren kaum wettmachen. Dieser zielstrebige Ansatz gilt in einem besonderen Maße für die Bildungspolitik, die seit Jahrzehnten nur schleppend vorankommt. So gesehen hat Unterrichtsministerin Mady Delvaux-Stehres bislang alles richtig gemacht und den Reformmotor gleich zu Beginn voll aufgedreht. Durch die Schaffung des „Neie Lycée“ wurde die Schullandschaft in Luxemburg innerhalb eines Jahres dynamisiert. Weitere innovative Ganztagschulen im Primärschulbereich werden auf Anregung der Ministerin folgen. Wichtige Gesetze und Reformen sind in Arbeit: die Neuordnung der Vor- und Primärschule mit der Einführung von Unterrichtszyklen, die Reform der Berufslehre, die Festlegung von Kompetenzsockeln auf allen Unterrichtsstufen, eine Neuorientierung im Sprachunterricht, die Förderung von Schulevaluation und die umstrittene Neudefinition des Lehrauftrags, womit wir wieder beim Ausgangsthema – der Verbesserung des Schulunterrichts – wären.

Abwehrhaltung

Auch Lehrerverbände wollen eigenen Angaben zufolge an der Verbesserung der Schulqualität mitwirken. Die Frage ist nur wie und in welchem Maße? Wenn es an die Aufteilung zusätzlicher Lasten geht, tritt die organisierte Lehrerschaft geschlossen auf die Bremse und verweist auf ohnehin wachsende Belastungen, die durch den eingeleiteten Reformprozess bereits anfielen – Stichwort: Schulmediation, Elternberatung, Schulentwicklung etc.

Ob derlei Abwehrhaltung wächst der gesellschaftliche Druck auf die gesamte Lehrerschaft. Die als Gewerkschaftsplattform auftretenden Lehrerverbände Apress, Féduse und SEW hatten ihren Defensivgeist Anfang April durch eine Mitgliederbefragung dokumentiert: Über 98 Prozent der teilnehmenden Pädagogen lehnten eine zusätzliche Mehrbelastung der Lehrer ab und sprachen sich gegebenenfalls für gewerkschaftliche Aktionen zur Verteidigung ihrer Interessen aus.

Seit Wiederaufnahme der Verhandlungen Anfang Mai hat sich an dieser Abwehrhaltung nichts Wesentliches verändert. Daneben plagt die organisierte Lehrerschaft noch ein weiteres Problem. Bislang ist ihr nicht gelungen, ein überaus komplexes Berufsbild nach außen hin positiv darzustellen. Die Gewerkschaftsplattform „Intersyndicale“ wäre demnach gut beraten, selbst mit kreativen Reformvorschlägen in die Offensive zu gehen. Nur wer sich selbst bewegt und dies nach außen hin zeigt, kann als glaubwürdiger Verhandlungspartner gelten.

Auf Zeit spielen, wäre in dieser Situation das falsche Signal. Mutlosigkeit bringt weder Schüler noch Lehrer voran. Wer das nicht einsieht, schadet der Sache.

Bildung braucht Innovation. – Heute mehr denn je!